DIE LINKE. Fraktion Norderstedt, Rathausallee 62, 22846 Norderstedt

**An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Verkehr**

Herrn Steinhau-Kühl

Dr. Norbert Pranzas

Fraktion Norderstedt
Rathausallee 62
22846 Norderstedt

Telefon 040 / 535 95 663
Telefax 040 / 535 95 649

Norbert.pranzas@die-linke-
norderstedt.de
www.die-linke-norderstedt.de

Sparkasse Südholstein
Konto-Nr. 15205511
BLZ 23051030

Antrag der Fraktion DIE LINKE in Norderstedt zum Tagesordnungspunkt: „Rahmenplan „Grüne Heyde,, Norderstedt – „Wohnbauflächen Mühlenweg / Harckesheyde“, Gebiet: zwischen Schulweg im Westen und Gewerbegebiet Harkshörn im Osten, südlich Mühlenweg und nördlich Harckesheyde“

Norderstedt, den 16. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Steinhau-Kühl,

im Namen der Fraktion DIE LINKE stellen wir zum o.g. TOP folgende Anträge zum Rahmenplan Grüne Heyde mit der Bitte, jeden Punkt, bzw. jeden Unterpunkt als eigenen Antrag abstimmen zu lassen.

„Nachhaltigkeitsbeschluss der Stadtvertretung vom 22.10.2019 umsetzen!

1. **Vor Abstimmung über den Rahmenplan Grüne Heyde, sowie Aufstellungsbeschlüsse, ist der Stabsstellenleiter Nachhaltiges Norderstedt oder eine von diesem benannte Vertretung im Ausschuss zu Befragen, welche weiteren Optimierungspotenziale hinsichtlich Nachhaltigkeit noch bestehen.**
2. **Energiekonzept:**
 - 2.1 **Nutzung von regenerativen Energiequellen als prioritär vorschreiben (Wärmepumpenkraftwerke aus Abwässern, Solarenergienutzung u.a. unter Einbeziehung von senkrecht aufgeständerten Solarmodulen etc.)**
 - 2.2 **Verbot von Erdwärmennutzung mittels Erdwärmesonden bzw. Tiefenbohrung, Empfehlung zu Flächenkollektoren und Luft-Wärme-Pumpen**
 - 2.3 **Keine Errichtung eines BHKW mit Verbrennung fossiler Energieträger für die Versorgung der Grünen Heyde**
 - 2.4 **Vorgaben zu Energieeffizienz und CO2 Reduktion hinsichtlich Dämmung, Energieversorgung, Auswahl Baumaterialien**
3. **Artenschutz und Lebensräume:**
 - 3.1 **Knickschutz: die Planung von Zufahrten und Bebauungen sind so zu gestalten, dass auf Baumfällungen verzichtet werden kann und dass die Wurzelbereiche in Kronengröße (Maßstab des erwachsenen Baumes) nicht verdichtet werden. Letzteres ist im Einzelfall nicht möglich – hier sind die breitesten der vorhandenen Knickdurchbrüche vorzuziehen. Es ist ein breiter Schutzstreifen zw. Knick und Bebauung vorzunehmen, sodass der Knick so maximal wie möglich in seiner Funktion als Lebensraum geschont wird. Etwaige Fuß- und Radwege im Wurzelbereich sind ausschließlich aus wassergebundenen Belägen zu erstellen.**
 - 3.2 **Artenschutz: Herausnahme der Nutzung der Flächen der ehem. Deponie für Park- / Freizeitflächen, auch nicht als extensive Freizeitfläche. Weiterentwicklung der Fläche zur Stärkung der angesiedelten Arten.**

3.3. Änderung des Flächennutzungsplans, damit der süd-östliche Bebauungsblock gleichmäßig auf die Nord-Südachse angrenzend an die restliche Wohnbebauung grenzen kann (Anwohnerschutz, Artenschutz).

4. Verkehrskonzept:

4.1 Parkraumschlüssel: Rückkehr zum ursprünglichen Parkraumschlüssel von 0,5 Stellplätzen je Wohneinheit bei gerechtem Vergabeverfahren, sowie Schlüssel von 0,2 für Besucherstellplätze. Alle Stellplätze in Quartiersgaragen am Quartiertrand!

4.2 Radverkehr: Prüfung und Bevorzugung einer kreuzungsfreien Radwegeanbindung an das südliche Baugebiet als Verbindungsachse zum Stadtpark und dem geplanten Fahrradschnellweg

4.3 Entwicklung eines sehr attraktiven Angebotes für alternative Fortbewegungsmittel bei gleichzeitiger Optimierung der Nahversorgung

5. Klimawandel:

5.1 Anwendung der Vorschläge und Maßnahmen zur Klimawandelfolgen-Prävention aus Networx4 durch entsprechende Vorgaben.

5.2 Fehlende Aussagen zu den stadtklimatischen Auswirkungen durch die Überbauung einer der letzten größeren zusammenhängenden Freiflächen in Norderstedt hinsichtlich der Beeinträchtigung von Kaltluftentstehung, Durchlüftungseffekt, Ausbildung von Wärmeinseln

6. Lärmschutz:

Zum Schutz der neuen Wohnbauflächen vor Gewerbelärm ist der Abstand zwischen dem Gewerbegebiet Harkshörn und dem Wohngebiet „Heyde Wiesen“ so zu vergrößern, dass eine Grenzwertüberschreitung zum nächtlichen Schallschutz nicht mehr gegeben ist.

7. Bodenschutz:

Zum Schutz der Bewohner der neuen Wohnbaugebiete ist zu klären, ob durch das in den Ackerböden enthaltene Mikroplastik eine Gefährdung für die menschliche Gesundheit ausgeht und mit welcher Maßnahme eine mögliche Beeinträchtigung reduziert werden kann. “

Begründung

zu 1. Überwältigende 3/4 der anwesenden Stadtvertreter haben sich zu einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik bekannt und gemeinsam entschieden, dass wir unsere Beschlussfassungen zusätzlich auch unter „der Maßgabe einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik prüfen“. Vor einer Beschlussfassung sollte also auch immer die Frage gestellt werden, welche Experten uns in der jeweiligen Angelegenheit ggf. beraten sollten und generell sollten wir unsere eigene Stabstelle Nachhaltiges Norderstedt zu Wort bitten zu dem jeweiligen Ausschuss, bzw. ggf. Beschluss vorbereitend in vorherigen Ausschusssitzungen. Diese Vorgehensweise ist u.E. notwendig für eine reelle Umsetzung des Beschlusses vom 22.10.2019.

zu 2. Bauen und Energieversorgung sind zwei der großen Stellschrauben in der CO2 Reduktion. Hierbei liegen die Schlüssel in der Materialauswahl, der Dämmung, der Energieerzeugung und der Wirkungsgrad.

In einem Zeitalter, in welchem Konzepte zum Ersatz von fossilen Energieträgern intensiv diskutiert werden und deren Umsetzung in Reichweite liegen, ist es schlicht Unsinn, noch über den Bau eines BHKW's nachzudenken welches mit Erdgas arbeitet. Es gibt vielfältige Alternativen und weitere sind bereits in Sicht. Keine Alternative – und erst recht nicht in einem Wasserschutzgebiet – ist aus unserer Sicht die Erdwärmenutzung via Erdsonden. Insbesondere nicht solche, die in die Trinkwasserader hinab reichen, aber ebenfalls nicht solche, die in den Grundwasserleiter hinein reichen. Wegen der potenziellen Grundwasser- und Bodengefährdung ist ein Wärmeträgermittel der Wassergefährdungsklasse 1 (WGK 1) auf der Grundlage der Stoffe Ethylenglykol (Ethandiol), Propylenglykol (1,2-Propandiol) oder Kaliumcarbonat nicht zu akzeptieren. Zusätzlich dürfte das Wärmeträgermedium auch Zusätze, wie z. B. Korrosionsschutzmitteln enthalten. Da mit einem Wärmetauscher gearbeitet wird, der im Falle einer Leckage eine Kontamination des Grundwasser mit den genannten Wärmeträgermedien verursachen würde, sowie ein Risiko von Schadstoffeinträgen aus dem Grundwasserleiter in den Trinkwasserleiter durch Bohrlochleckagen besteht, sollten wir auf diese Art der Energieversorgung verzichten – es gibt genug Alternativen! Hinzu kommt, dass sich der Standort für die Tiefenbohrung in unmittelbarer Nähe zur Alt-Deponie 4-17 befindet. Eine Tiefenbohrung in einem kontaminierten Bereich, der sich dazu in der Schutzzone 3 unseres Wasserschutzgebietes befindet, ist wasserrechtlich unzulässig.

Zu 3. Der innerörtliche Knickschutz darüber hinaus ist erklärtes Ziel der Stadt Norderstedt. Jede Bebauung dicht an den Knick und jede Verdichtung des Wurzelraumes führt zur Schwächung des Baumbestandes und zur

Einschränkung des Knicks als Lebensraum. Ein Knick ist eben viel mehr als nur eine Reihe schöner, alter Bäume – Achten und schonen wir diesen Lebensraum!

Zum Deponiegelände: Insekten- und Artenschwund sind eines der zentralen Herausforderungen der Zeit. Jeden Lebensraum, den wir uns nehmen mit der Argumentation, es sei ein aus Naturschutzgesichtspunkten minderwertiger Lebensraum oder die bevölkernden Arten seien nicht bedroht, ist dennoch ein Lebensraum, den wir nehmen. Da wir dies in der Vergangenheit intensiv betrieben haben, haben wir eine Landschaft der Artenarmut geschaffen mit der Konsequenz, dass auch Allerweltsarten mittlerweile auf roten Listen auftauchen und der Insektenschwund nahezu existenzbedrohende Ausmaße angenommen hat. Die Fläche der ehemaligen Deponie wurde von einigen Arten wieder zurückerobert und wird als Nische und Lebensraum genutzt. An dieser Stelle sollte erwähnt sein, dass die im Begründungstext enthaltene Zusammenstellung der vorkommenden Arten lückenhaft ist. So wird eine Hasenpopulation im Bereich der Pferdekoppel komplett verschwiegen. Auch die Einschätzung, dass das Vorkommen von Amphibien aufgrund des Fehlens von Gewässern bzw. Lebensräumen in Zusammenhang mit Gewässern ausgeschlossen werden kann, ist falsch. Es gibt zahlreiche Krötenwanderwege im Bereich der Pferdekoppel. Außerdem sind im südlichen verschatteten Bereich der Alt-Deponie temporäre Kleinstgewässer vorhanden, die von Amphibien genutzt werden. Viele Tier- und Insektenarten würden das Gebiet nicht weiter nutzen (können), wenn die Fläche mit einem oder mehreren Wegen durchzogen würde und von Menschen und Hunden frequentiert würde. Die einzige Möglichkeit, diesen Lebensraum zu erhalten – und vielleicht sogar behutsam aufzuwerten – ist es, sie aus dem Nutzungskonzept komplett herauszunehmen. Viel mehr sollte hier ein Experte mit der Entwicklung und Aufwertung des Bereichs beauftragt werden! Eine Verstärkung der Abdeckung – sofern erforderlich – sollte hier behutsam in einzelnen dünnen „Lagen“ erfolgen, um die entstandene Vegetation nicht zu ersticken.

Zu 4. Dass eine Verkehrswende nicht zu schaffen ist, wenn an alte Vorstellungen von Individualverkehr festgehalten wird, liegt auf der Hand. Mobilität muss neu gedacht und neu gemacht werden – und vor allem Umwelt-, Klima- und Ressourcen schonender. Dazu gehört auch eine gute Infrastruktur in der Nahversorgung, sowie die Abkehr von hochgradig teurer Bereitstellung von Infrastruktur für den privaten PKW-Verkehr und Verwendung der hierdurch frei gewordenen Mittel für alternative Verkehrskonzepte. So belegen Studien, dass der Autoverkehr den Kommunen gut das 3-fache des ÖPNV kostet. Der Umbau wird lange dauern und er wird noch länger dauern – und teurer werden -, wenn wir alte, veraltete Konzepte weiter kultivieren!

Zu 5. Die Folgen des Klimawandels sind bereits mannigfaltig zu spüren und es ist wichtig, sich entsprechend darauf einzustellen, die Folgen – hier im urbanen Umfeld – so gering wie möglich zu halten. Dazu gehören alle Maßnahmen, die das Stadtklima beeinflussen hinsichtlich Vermeidung von Aufheizungseffekten im Sommer zur Vermeidung von Gesundheitsproblemen bei den Einwohnern, sowie von Hitzeschäden aller Art, aber auch maximal machbare Abpufferung von Starkregenereignissen. Intelligentes Regenwassermanagement, wie intensive Dachbegrünungen, Versickerungsflächen, Minimierung von Flächenversiegelung und multifunktional nutzbare Regenwasserauffangbereiche etc. erlauben, Schäden durch Überflutungen und Unterspülungen zu minimieren. Dies wird sich künftig auch monetär auf Versicherungsbeiträge auswirken, da Versicherungen sich künftig erheblich stärker mit dieser Art von Schäden beschäftigen werden, bzw. verteuern werden. NetworX4 gibt hier viele Ansätze und Vorschläge vor und befindet sich als Forschungsprojekt in einer laufenden Weiterentwicklung.

Außerdem fehlen Aussagen zu den Auswirkungen der vorgesehenen Flächennutzungsänderung auf die lokalen klimatischen Verhältnisse (Kaltluftentstehung; bioklimatische/thermische Umgebungsbedingungen) aufgrund der flächenhaften Zunahme an versiegelten Flächen in dem Plangebiet (17,69 ha Bauland und 7,99 ha Verkehrsfläche). Zu bemängeln ist die fehlende Bestandsaufnahme der ortsspezifischen klimaökologischen Funktionsabläufe der jetzigen Freifläche auf die umliegenden Wohngebiete (Kaltluftentstehung, Durchlüftungsfunktion, thermische Effekte u.a.). Hierzu wäre die Erstellung eines Klimagutachtens zu empfehlen, das entsprechende Berechnungen zum lokalen Kaltluftgeschehen sowie zu den thermischen Umgebungsbedingungen vornimmt und auf dieser Basis Aussagen zu Planungsvorgaben und Planungsempfehlungen für die geplante bauliche Entwicklung des Gebietes trifft, um nachteilige klimaökologische Negativauswirkungen zu vermeiden.

Zu 6: Gemäß Umweltbericht stellt sich die Lärmbelastung durch das Gewerbegebiet Harkshörn auf die nächst gelegene Wohnbebauung wie folgt dar: *„Die höchsten Beurteilungspegel werden am Ostrand des Baufeldes „Heyde Wiesen“ erreicht. Am Tage betragen die Beurteilungspegel hier bis zu 55 dB(A), in der Nacht bis zu 43 dB(A). Der zulässige Immissionsrichtwert (IRW) tags von 55 dB(A) wird eingehalten. Der zulässige IRW nachts*

von 40 dB(A) wird um bis zu 3 dB(A) überschritten. In allen weiteren Baufeldern werden die IRW von 55/40 dB(A) tags/nachts eingehalten. Die Überschreitungen des IRW nachts werden ausschließlich durch die GE-Flächen des B-Plans Nr. 262 hervorgerufen, für den im Gegensatz zum B-Plan Nr. 123 keine Emissionsbeschränkungen festgesetzt wurden.“ Damit können im Baufeld „Heyde Wiesen“ die Planungen den Grundsätzen „Schutz und der Vorsorge gegen Gefahren“ und „Vermeiden von erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen“ nicht ausreichend entsprechen. Die Baugrenze ist daher so zu wählen, dass die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte zum Schallschutz eingehalten werden.

Zu 7: Mikroplastik ist in unserer Umwelt weit verbreitet, insbesondere weisen aber die Ackerböden aufgrund der Einträge über Klärschlämme, Komposte und Gärreste erhöhte Anteile an Mikroplastik auf. Der Anteil an Fremdstoffen in Komposten und Gärresten wird in der Düngemittelverordnung begrenzt. Dabei wird seit 2017 unterschieden in verformbare Kunststoffe (Folienbestandteile), die auf 0,1 Massenprozent in der Trockensubstanz begrenzt sind und alle anderen Fremdstoffe (Hartkunststoff, Glas, Metall etc.) für die ein Grenzwert von 0,4 Massenprozent in der Trockensubstanz gilt. Die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohnbauflächen beinhaltet daher im Sinne der Bauleitplanung die Fragestellung, ob von dem in den Ackerböden enthaltenen Mikroplastik eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit ausgeht. Es ist anzunehmen, dass sich viele Kunststoffe, darunter auch vermeintlich für den Komposter als „biologisch abbaubar“ geeignete Tüten, lediglich bis in das Nano-Stadium auflösen. Wenig erforscht sind die daraus folgenden Wechselwirkungen, d.h. die Interaktion der Plastikteilchen im Boden mit Menschen, Pflanzen und Tieren. Im Umweltbericht sind hierzu keine Aussagen enthalten, wir halten es aber für angebracht, im Rahmen der Bauleitplanung die Thematik Mikroplastik im Boden aufzunehmen, um an dieser Stelle mögliche Beeinträchtigungen der geplanten Nutzungen auf diesen Flächen auszuschließen.

Für eine weiterführende Diskussion vorab stehen wir gerne allen Ausschussmitgliedern bereit!

Mit freundlichen Grüßen

Christine Bilger
Dr. Norbert Pranzas